

BÜCHER ÜBER INDIGENE BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA

IM FOCUS: DER AUFSTIEG INDIGENER BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA

Stefan Jost

VORBEMERKUNG

„Lateinamerika im Umbruch“: Mit diesem Titel werden seit Jahrzehnten in schöner Regelmäßigkeit Aufsätze, Bücher und Tagungen über diesen Kontinent versehen. Und in der Tat: Teile des Kontinents befinden sich wieder einmal in einer Umbruchsituation.

Auch wenn nicht alle Veränderungen und Umwälzungen der letzten Jahre primär indigen motiviert sind, ist unverkennbar: Lateinamerika ist, wenn auch schwerpunktmäßig auf einige Länder begrenzt, eingeholt worden von der seit der Kolonialisierung auf der Tagesordnung stehenden, wenn auch nicht immer zur Kenntnis genommenen, vielfach falsch behandelten Frage nach dem Umgang mit den Völkern, die die europäischen – je nach Sichtweise – Entdecker oder Invasoren in diesem Kontinent angetroffen haben.

„Das politische Erwachen der indigenen Völker in Lateinamerika“¹ umschreibt prägnant eine Entwicklung, in deren Verlauf indigene Völker signifikant stärker vom Objekt vielerlei Gestalt, sei es anthropologischer, missionarischer, religi-



PD Dr. Stefan Jost ist Jurist und Politikwissenschaftler, Privatdozent an der Universität Trier. Zwischen 1993 und 1998 war er Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien, anschließend bis 2001 Direktor des Regionalprogramms „Rechtsstaat in Lateinamerika“.

1 | So der Titel einer Fachtagung der Universität Mainz aus dem Jahre 2007 (Tagungsband i.E.).

Lateinamerika ist im Umbruch. Vom Erwachen der indigenen Völker ist die Rede, Xavier Albó spricht vom „retorno del indio“. Für Deborah J. Yashar ist die Identitätspolitik entscheidend für das neue indigene Selbstbewusstsein. Institutionelle Veränderungen hätten die Polarisierung von Identitäten forciert, doch letztlich gehe es um eine „dramatische Redefinition demokratischer Strukturen“. Donna Lee Van Cott fragt, warum ethnische Parteien erst heute entstehen. Auch die „second wave of reforms“ habe die Kritik indigener und anderer Gruppen nicht ernsthaft berücksichtigt. Nancy Grey Postero und Leon Zamosc fordern länderspezifische Analysen, wenn auch der Kampf gegen den Neoliberalismus beim Aufstieg aller indigenen Bewegungen eine zentrale Rolle spiele. Wichtig sei auch das Zusammenspiel von Ethnizität und Klasse. Die Verschiedenheit der drei Ansätze zeigt die Problematik einer Entwicklung, die keineswegs abgeschlossen ist. Das indigene Thema wird Lateinamerika wohl noch lange beschäftigen.

onswissenschaftlicher, soziologischer, politikwissenschaftlicher, linguistischer oder auch schlicht folkloristischer Natur, in einigen Ländern in einer beachtlichen diversifizierten Ausprägung zum politischen Subjekt und Akteur geworden sind.

Die Polarität zwischen Widerstand und Anpassung, zwischen Unterdrückung/Ausrottung und Integration/Assimilation zieht sich wie ein roter Faden durch die lateinamerikanische Geschichte und ihre „indigene Frage“.

Symbolträchtige, im Gedächtnis der Völker Jahrhunderte überlebende indigene Aufstände hat es immer wieder gegeben, ebenso wie es immer mal wieder Ansätze zu einer „Indianerpolitik“ gab. Aber es gab auch immer wieder langes Vergessen und Verschweigen.

Angesichts der zahlenmäßigen Stärke der jeweiligen Völker in verschiedenen Ländern ist erstaunlich, dass „diese Rebellionen in der Geschichte Lateinamerikas die Ausnahme darstellen. Sie sind nicht als nationale oder nachhaltige Bewegungen in Erscheinung getreten. Und im frühen 20. Jahrhundert hatten sich selten Bewegungen um indigenen begründete Ziele mobilisiert“ (Yashar 2006: 3).

Dies sollte sich, ganz langsam und überwiegend beginnend mit den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, ändern. 1991 veröffentlichte der seit Jahrzehnten in Bolivien lebende spanische Jesuitenpater Xavier Albó einen Aufsatz mit dem Titel „El retorno del indio“ (Albó 1991), mit dem er gerade auch auf die sich verstärkende institutionelle Selbstorganisation und die damit einhergehende selbstbewusstere Interessenartikulation der entsprechenden Bevölkerungsgruppen in Ekuador, Kolumbien, Bolivien, Chile und Peru aufmerksam machte.

Dieser sich vertiefende Prozess einer Identitätsfindung bedeutender Teile der indigenen Bevölkerung verlief also nicht völlig unbemerkt, wurde trotz sich mehrender und im Grunde genommen unübersehbarer Zeichen in seiner tatsächlichen Dimension unterschätzt, der „retorno del indio“ als im Kern politisches Phänomen kaum verstanden.

Dies galt für die Politik und die Politikwissenschaft. Die deutsche Politikwissenschaft hat sich dieser Thematik bislang kaum angenommen. Es gibt noch aus den neunziger Jahren

bis in unsere Tage hinein ernstzunehmende Publikationen, die das Thema der Entwicklung und politischen Bedeutung indigener Bewegungen schlichtweg ausklammern.² Hier besteht Nachholbedarf.

International gesehen ist, abgesehen von der Beschäftigung mit dieser Thematik in lateinamerikanischen Ländern selbst, vor allem die US-amerikanische Lateinamerika-Forschung an führender Stelle zu nennen, die sich seit Jahren in einem beeindruckenden Ausmaß mit der Entstehung und Entwicklung indigener Bewegungen auseinandersetzt.

Als Beispiele sollen vor diesem Hintergrund drei US-amerikanische Veröffentlichungen genannt werden, wobei nicht jede einzelne Länderstudie referiert, sondern auf allgemeine Ansätze und Untersuchungsschwerpunkte eingegangen werden soll:

- Nancy Grey Postero / Zamosc (Ed.) (2006), *The Struggle for Indigenous Rights in Latin America*, Sussex Academic Press, Brighton-Portland
- Donna Lee Van Cott (2005), *From Movements to Parties in Latin America. The Evolution of Ethnic Politics*, Cambridge University Press, New York
- Deborah J. Yashar (2006), *Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Post-liberal Challenge*, Cambridge University Press, New York.

Yashar beschränkt sich in ihrer ausführlichen Analyse auf Ekuador, Bolivien und Peru. Van Cott bezieht neben diesen drei Ländern in einem übergreifenden Kapitel Argentinien, Kolumbien und Venezuela in ihre Untersuchung mit ein, während in der als Sammelband angelegten Publikation von Postero/Zamosc neben Ekuador, Bolivien und Peru auch Guatemala, Mexiko, Kolumbien und Brasilien in eigenen Beiträgen behandelt werden.

2 | Abgesehen von wenigen Einzelbeiträgen sind als Ausnahmen die beiden länderübergreifenden Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung (2005 und 2007) zu nennen. Einen breiten thematischen Überblick vermitteln auch die Veröffentlichungen der GTZ (2004 a und b) sowie InWent / GTZ (2005).

INDIO, CAMPESINO, INDÍGENA – VOM WANDEL DER TERMINOLOGIE UND DER KONZEPTE

Die inzwischen vorherrschende Ablehnung des Begriffs *indio* als einer weit über eine ethnische Zugehörigkeitsbeschreibung hinausgehende und über Jahrhunderte wirksame Stigmatisierung, mit der ein soziales Konstrukt geschaffen wurde, das „die Ärmsten, die weniger Mächtigen, die weniger städtischen und weniger Gebildeten“ bezeichnet und beleidigt (Pajuelo Teves 2006:29), darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine einheitliche Terminologie nicht vorhanden ist. Sofern die Frage überhaupt thematisiert wird (Postero/Zamosc), wie man die betreffenden Bevölkerungsgruppen bezeichnen

Die Bezeichnungen variieren im Wesentlichen zwischen „indianisch“, „indigen“ oder „ethnisch“, wengleich der Begriff „indigen“ der überwiegende sein dürfte.

soll und vor allem darf, werden verschiedene Begriffe verwendet. Die Bezeichnungen variieren im Wesentlichen zwischen „indianisch“, „indigen“ oder „ethnisch“, wengleich der Begriff „indigen“ der überwiegende sein dürfte. Dies ist wohl auch der im positiven Sinne am meisten neutrale Begriff, der von dem Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen, José Martínez-Cobo, in seiner 1986 vorgelegten grundlegenden Studie „Discrimination against indigenous people“ eingeführt wurde:

„Indigenous communities, people and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that developed on their territories, consider themselves distinct from other sectors of the societies now prevailing in those territories, or parts of them. They form at present non-dominant sectors of societies and are determined to preserve, develop and transmit to future generations, their ancestral territories, and their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems“.

(UN-Dokument Nr. E/CN.4/Sub.2/1986/87)

Diese Bezeichnung wird in dem Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwendet³, und

3 | Die Konvention garantiert den indigenen Völkern in 44 Artikeln einen rechtsverbindlichen Schutz sowie Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten. Die wichtigsten sind: Volle Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Art. 2, 3), Recht auf Gestaltung der eigenen Zukunft (Art. 6, 7), Recht auf kulturelle

auch die Erklärung von Machu Picchu spricht von den *pueblos indígenas*.⁴

Dennoch ist festzustellen, dass die Terminologie insgesamt differenzierter geworden ist. Selbst innerhalb eines Landes, angesichts der ethnischen Vielfalt nicht unbedingt überraschend, sind unterschiedliche Bezeichnungen anzutreffen. Verwendet werden Bezeichnungen wie *campesinos* (so überwiegend noch in Peru), *nativos*, *indígenas*, *pueblos originarios*, *naciones originarias*, *nacionalidad indígena* (Ecuador) oder *pueblos indígenas de origen* (Albó). Der Entwurf einer neuen bolivianischen Verfassung unternimmt den Versuch einer allumfassenden Bezeichnung in Form der „naciones y pueblos indígena originario campesinos“, je nach Kontext ergänzt um „las comunidades interculturales y afrobolivianas“.⁵

Verwendet werden Bezeichnungen wie *campesinos* (so überwiegend noch in Peru), *nativos*, *indígenas*, *pueblos originarios*, *naciones originarias*, *nacionalidad indígena* (Ecuador) oder *pueblos indígenas de origen* (Albó).

Diese Problematisierung und der Wandel der Terminologie stehen im Zusammenhang mit einer Ablehnung, zumindest aber Infragestellung des Konzepts des *mestizaje*, dessen zentrales Instrument, ethnische Zugehörigkeiten durch eine sozio-ökonomische Kategorisierung zu ersetzen, aus dem *indio* den *campesino* zu machen, nun eher als „soziale Selbstzerstörung“ (Albó 1997:3) verstanden wird und zu einer auch begrifflichen Neuorientierung beigetragen hat.

DIE STUDIEN IM EINZELNEN

Die Bedeutung ethnischer *cleavages* wurde im Gegensatz zu anderen Weltregionen in Lateinamerika bis weit ins letzte Drittel des vergangenen Jahrhunderts als irrelevant oder ana-

Identität und auf gemeinschaftliche Strukturen und Traditionen (Art. 4), Recht auf Land und Ressourcen (Art. 13-19), Recht auf Beschäftigung und angemessene Arbeitsbedingungen (Art. 20), Recht auf Ausbildung und Zugang zu den Kommunikationsmitteln (Art. 21), Recht auf Beteiligung bei der Findung von Entscheidungen, die diese Völker betreffen (Art. 6), Gleichberechtigung vor Verwaltung und Justiz (Art 2, 8, 9). Zum „Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“ siehe <http://www.ilo169.de>.

4 | Erklärung der Staatschefs von Peru, Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela vom 29. Juli 2001 anlässlich der Amtseinführung des peruanischen Staatschefs Alejandro Toledo (www.comunidadandina.org/documentos/actas/dec29-7-01.htm, Zugriff am 2. Juli 2007).

5 | Text des Verfassungsentwurfs unter www.abi.bo abrufbar.

chronistisch eingestuft. Dies macht für Deborah J. Yashar, Associate Professor of Politics and international Affairs an der Princeton University, die lateinamerikanische Anomalie aus (54).

Yashar warnt vor dem Missverständnis, dass es sich bei der indigenen Selbstorganisation um ein neuartiges Phänomen handle. Die indigene Bevölkerung hat sich auch in der Vergangenheit organisiert, allerdings vorwiegend nicht entlang indigener Linien und einer ausschließlich indigenen Themensetzung.

Die Politisierung ethnischer *cleavages* stellt ein neues Phänomen in der Region dar. Daher stellt sich die Frage, warum der Aufstieg der indigenen Bewegungen erst jetzt und nicht schon früher, und warum er nur in einigen und nicht in allen durch einen starken indigenen Bevölkerungsanteil geprägten Ländern erfolgte. Für Yashar, die sich im Verhältnis zu den anderen Studien recht breit (ein Viertel ihres Buches) mit theoretischen Ansätzen auseinandersetzt, können die bisherigen Theorien keine überzeugenden Antworten auf diese Frage geben. So sehr für sie beispielsweise Armut und Ungleichheit wichtige Faktoren sind, so sind sie doch „arme Propheten, wenn es um darum geht, wann, wo und warum indigene Bewegungen entstehen“ (15).

Entscheidend für den Aufstieg indigener Bewegungen ist für Yashar die allzu oft übersehene „Identitätspolitik“. Zentral sind dabei nach Yashar die *citizenship regimes*, für deren Charakterisierung relevant ist,

- wer politisch dazu zählt,
- welche Rechte ein Staatsbürger besitzt,
- wie die Interessenmediation zwischen Staatsbürger und Staat strukturiert ist.

Diese Analyse findet nicht in einem institutionellen Vakuum statt. Vielmehr gilt: „Institutions matter“ (6). Berücksichtigt werden muss die Frage nach der tatsächlichen Reichweite staatlicher Institutionen in einem Land, dies betrifft die ge-

ografische Präsenz, aber auch die Stärke der Institutionen. Zu diesem Komplex zählt auch, dass Menschen verschiedene Identitäten haben und diese in verschiedenen Kontexten ausleben können. Nach Yashar sind „political identities

Zu diesem Komplex zählt auch, dass Menschen verschiedene Identitäten haben und diese in verschiedenen Kontexten ausleben können.

historically contingent, institutionally bounded, and open to change" (8).

Dies führt zu der Frage, warum in bestimmten Situationen einige Identitäten und Interessen wichtiger werden als andere, wo dies stattfindet und wann, und warum solche politisierten Identitäten in politische Aktionen transformiert werden.

Yashar vertritt die These, dass wichtige institutionelle Veränderungen zur Politisierung von Identitäten in neuer und ungewollter Form geführt haben (8). Sie nennt drei grundlegende Faktoren, mit denen erklärt werden könne, warum indigene Bewegungen entstehen und sich erfolgreich entwickeln:

1. Der Wandel der Staatsbürgerkonzepte in den letzten 30 Jahren des vergangenen Jahrhunderts und die damit einhergehende Politisierung ethnischer *cleavages*,
2. die Möglichkeit politischer Organisation,
3. die Existenz eines gemeinschaftsübergreifenden Netzwerks.

Mit diesem Ansatz will sich Yashar abgrenzen von den vorherrschenden Theorien von Identitätspolitik, die sie mit den Begriffen Primordialismus, Instrumentalismus, Poststrukturalismus, Strukturelle Bedingungen von Armut und Ungleichheit sowie Globalisierung umschreibt, und die sie u.a. für zu ahistorisch und statisch hält, als dass sie in der Lage seien, die Herausbildung und Politisierung zeitgenössischer indigener Identität zu erklären.

Yashar differenziert zwischen einem korporatistischen und einem neoliberalen Staatsbürgerkonzept. Das korporatistische, in Lateinamerika Mitte des 20. Jahrhunderts entstandene Staatsbürgerkonzept ist gekennzeichnet durch die Ausweitung sozialer Rechte und spezifischer Formen der Interessenintermediation für Landarbeiter und Arbeiter, eine staatliche Bevorzugung kollektiver Einheiten und für diese aufgelegter Programme. Demgegenüber haben die Demokratien der *third wave* (Huntington) das neoliberale Staatsbürgerschaftskonzept gefördert, das Individuum als das politische Subjekt der Staatsbürgerschaft gefeiert (49). Die Ausweitung politischer und bürgerlicher Rechte ging einher mit dem Niedergang sozialer Rechte und der Förderung liberaler und pluralistischer Formen der Interessenintermediation. Organisierte soziale Sektoren haben einen gewissen Lebensstandard sowie einen

Zugang zum Staat und Beeinflussungsmöglichkeiten verloren (49).

Trotz aller Unterschiede weisen diese Staatsbürgerkonzepte für Yashar eine Gemeinsamkeit auf: Die Annahme der Irrelevanz von Ethnizität und der Prävalenz und des Aufkommens anderer Identitäten. Dennoch blieben alle Versuche weitgehend erfolglos, „to remake indians“ into other identities (peasants, nationals, individuals)“ (49), die Einheit der Nation auf der Grundlage des Konzepts der *mestizaje* und des *whitening* zu erreichen. Der Wandel des ethnischen Status von *indio* (der Andere) zu „Mestize“ (wir) hat nach Yashar „vermutlich“ zur Depolitisierung der *ethnic cleavages* beigetragen.

Während das korporatistische Modell trotz der ihm inhärenten hohen Kontrollkapazität unfreiwillig einen indigenen Raum geschaffen hat, da es auf die klassenorientierte Strukturierung der Gesellschaft abgezielt und ruralen Gemeinschaften weitgehend staatsfreie Räume geschaffen, die indigene Bevölkerung gleichzeitig aber aus einer subordinierten Stellung in eine Klientelbeziehung gezogen hat, wurden diese Räume durch das atomisierende, individualorientierte neo-liberale Modell herausgefordert. Je stärker die Autonomie, so Yashar, umso schwächer die *ethnic cleavages*.

Die zweite Grundvoraussetzung des Aufkommens einer indigenen Identität und deren politischer Umsetzung liegt in der Herausbildung einer eigenen Organisationskapazität indigener Gemeinschaften und Bewegungen („Trans-

Angesichts der geografischen Verteilung, der sprachlichen Barrieren und kulturellen Verschiedenheiten, in manchen Fällen Feindschaften, kommt der Kommunikation und Kooperation zwischen diesen Gemeinschaften eine große Bedeutung zu.

community Networks“). Angesichts der geografischen Verteilung, der sprachlichen Barrieren und kulturellen Verschiedenheiten, in manchen Fällen Feindschaften, kommt der Kommunikation und Kooperation zwischen diesen Gemeinschaften eine große Bedeutung zu. Diese „indigene Identität“ war daher mehr ein Produkt

denn eine Ursache der ersten Netzwerkgeneration (71). Auch sind Netzwerke und Bewegungen nicht gleichzusetzen.

Yashar weist auch auf die bedeutende Rolle von Kirchen, Gewerkschaften und NGOs, aber auch des Staates hin, die, wenn vielleicht auch teilweise unfreiwillig, durch vielfältige Programme und Aktivitäten diese „Verlinkung“ gefördert haben. Diese Netzwerkaktivitäten trugen auch zum Entstehen einer indigenen Führungsschicht bei.

Als dritte Grundvoraussetzung nennt Yashar den „Political Associational Space“, definiert als die unverzichtbare Existenz von Organisations- und Meinungsfreiheit.

Yashar ist zuzustimmen, dass die grundsätzlich erforderliche Länderanalyse auch einer differenzierten theoretischen Herangehensweise bedarf und ein Erklärungsansatz allein erwiesenermaßen nicht ausreicht. Fraglich ist allerdings, ob die von ihr kritisierten sonstigen Erklärungsansätze nicht stärkere, zumindest komplementäre Berücksichtigung finden müssen, um adäquate Antworten zu gewinnen. So bedeutsam es ist, dass Yashar die institutionelle Dimension in der Debatte herausarbeitet, die recht formale und sehr stark organisationsfocussierte Betrachtungsweise, die für sich betrachtet bei jeder anderen Art von Gründung auch relevant sein kann, ist nicht allein in der Lage, als Generaltheorie den qualitativen „indigenen Umschlag“ zu erklären.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Sicher hat der Abschied vom staatszentrierten und korporatistisch geprägten Entwicklungsmodell Boliviens zu grundlegenden Veränderungen und Problemen geführt. Gerade im Falle Boliviens dürfte allerdings ein Fragezeichen hinter die These zu setzen sein, dass die Politisierung indigener *cleavages* dank der Gefährdung von Autonomie durch neoliberale Staatsbürgerkonzepte provoziert worden sei. Der Reformprozess Boliviens zeichnete sich ja gerade dadurch aus, dass die Öffnung partizipativer Räume von Seiten des Staats die Möglichkeiten geschaffen hat, traditionelle Organisationsformen in Strukturen einzubeziehen und bisher nicht gekannte Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies mit der nicht vorhergesehenen Konsequenz, dass Demokratisierung mit zu schwindender politischer Stabilität führte.

Dies ist allein durch ein um das Staatsbürgerkonzept aufgebautes Erklärungsmuster nicht hinreichend zu erklären. Wenn „institutions matter“, dann muss die Leistungsfähigkeit des politischen Systems auf den Prüfstand gestellt werden. Dann muss darüber hinaus die Frage beantwortet, zumindest aber gestellt werden, wieso auch in den Bereichen, in denen neue Partizipationsräume geschaffen wurden, dies nicht als Teilhabechance an der eingeforderten Veränderung begriffen wurde, sondern zu ganz anderen Konsequenzen führte. Wenn in einem Staat durch indigene Bewegungen die Frage nach der politischen Macht erfolgreich gestellt werden kann, dann

kann dies nicht allein mit der Bedrohung bestehender Autonomieräume erklärt werden.

Ganz zum Schluss ihrer theoretischen Ausführungen schlägt Yashar einen ersten Bogen zur Erklärung dieser offenen Fragen, indem sie sehr knapp darauf aufmerksam macht, dass auch ihre Erklärungsansätze vor allem auf die „erste Generation“ indigener Bewegungen zutreffen. Inzwischen ist, leider grenzt Yashar hier nicht konkret ab, bereits die zweite Generation auf dem Plan. Dieser geht es nicht notwendigerweise um die Verteidigung lokaler Autonomie. Vielmehr hat sie sich bemüht, aus den Fehlern der Vorgänger zu lernen, und „aus strategischen Gründen entschieden, das Etikett ethnischer Identität als Mobilisierungsinstrument zu nutzen“ (80).

Diese zweite Generation folgt einer anderen Logik und anderen Forderungen. Viele ihrer Aktivisten verfügen über deutlich weniger klare Verbindungen zu ihren Gemeinschaften, ihr Migrationskontext steht im Vordergrund, ihr Diskurs ist kalkulierter und strategischer (81).

Damit ist ein fundamentaler Wandel nicht detailliert analysiert, aber zumindest erwähnt und ein Bereich abgedeckt, mit dem sich künftige Forschungen beschäftigen müssen.

Das Buch mündet in die Abschlussfrage nach der breiteren Bedeutung dieser Bewegungen für die lateinamerikanische Demokratie.

Diese wird sich aus den Konsequenzen des Zusammenwirkens der postliberalen Herausforderung der lateinamerikanischen Demokratien der *third wave* auf der einen Seite, der Herausforderung der Einheit und Integrität der in Frage stehenden Bewegungen im Kontext einer allgemeinen Krise der Repräsentation auf der anderen Seite ergeben.

Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Annahme einer nationalen Identität durch ethnische Gemeinschaften die Beibehaltung anderer Identitäten, Gebräuche und (lokaler) Regierungsstrukturen und kulturelle Loyalitäten nicht ausschließt. Dies führt zur anhaltenden Herausforderung für die homogenisierenden Impulse des korporatistischen wie des neoliberalen Staatsbürgerkonzepts.

Die indigenen Bewegungen wollen sowohl die mit dem korporatistischen Staatsbürgerkonzept verbundenen Gruppen-

und sozialen Rechte wieder beleben als auch die mit dem neoliberalen Staatsbürgerkonzept verbundenen bürgerlichen und politischen Rechte ausbauen und mit neuen Gruppenrechten verbinden.

Im Kern besteht die Herausforderung in der Inkorporierung heterogener bis antagonistischer Vorstellungen darüber, wer Staatsbürger ist, wie Staatsbürgerschaft vermittelt wird und wo staatliche Autorität zu verankern ist. Damit steht letztlich das Staatskonzept zur Debatte, die Idee einer gemeinsamen politischen Kultur, Formen der gesellschaftlichen Repräsentation und der Intermediation zwischen Staat und Gesellschaft.

Im Kern besteht die Herausforderung in der Inkorporierung heterogener bis antagonistischer Vorstellungen darüber, wer Staatsbürger ist, wie Staatsbürgerschaft vermittelt wird und wo staatliche Autorität zu verankern ist.

Sehr viel deutlicher als andere formuliert Yashar, dass die Forderung nach differenzierten Staatsbürgersystemen in einem Staat auf „eine dramatische Redefinition demokratischer Institutionen“ (298) abzielt. Dies ist für Yashar die „Unbekannte“ der politischen Agenda, da unklar ist, wie diese „unterschiedlichen Systeme in einer kohärenten, demokratischen und nachhaltigen Form harmonisiert werden“ können. Nach Yashar gibt es keinen institutionellen Mechanismus, der es ermöglichen würde, die verschiedenen Paradigmen von Staatsbürgerschaft und Regierung konsistent zu ordnen. Sie wird noch deutlicher, wenn sie ausführt, dass die als Ausweg denkbare lokale Autonomie die Möglichkeit lokaler Partizipation erhöhen, ebenso aber zu „illiberal politics“ tendieren und im Ergebnis aufgrund fehlender „outside checks of that power“ die Demokratisierung innerhalb indigener Gemeinschaften verhindern kann.

Yashar problematisiert, ob die Öffnung der indigenen Bewegungen für die Partizipation an Wahlen und Koalitionsbildung zur Machterlangung dem Erliegen eines Sirengesangs gleichkommt. Die angesprochene Einheit und Integrität der indigenen Bewegungen sieht Yashar durch vier Entwicklungen gefährdet:

- Nach dem Wechsel indigener Führer in staatliche Positionen wird die Führung der Bewegung von unerfahrenen Nachfolgern übernommen.
- Indigene Funktions- und Mandatsträger sehen sich einer Herkules-Aufgabe gegenüber. Diese besteht vor allem in einer Gratwanderung zwischen der Verfolgung der bisher

vertretenen, in der Praxis aber so nicht umsetzbaren reinen Lehre einerseits, die zum Vorwurf der Ineffizienz führt, und der mit Kompromissen verbundenen Koalitionsbildung andererseits, mit der man sich dem Vorwurf des Verrats an der eigenen Ideologie aussetzt. Dass dies zu einem Verlust der Wählerbasis führen kann, belegt die ekuatorianische Erfahrung. Yashar kommt zu dem Ergebnis, dass grundsätzlich nicht vom Erfolg indigener Bewegungen auf elektorale Erfolge indigener Parteien geschlossen werden kann.

- Hoch respektierte Führer indigener Bewegungen sind nicht automatisch die Idealbesetzung für offizielle politische Ämter. Dies gilt besonders für etabliertere Parteiensysteme.
- Da indigene Führer Parteipolitik betreiben müssen, besteht die Gefahr, dass die indigenen Bewegungen den Gesetzen des Parteiwettbewerbs zum Opfer fallen, da sie sich den politischen *cleavages* aussetzen, die ihre Bewegungen spalten können. Diese für Yashar gefährlichste Herausforderung für indigene Bewegungen besteht vor allem in relativ starken Parteiensystemen.

Dass man sich in den Reihen der indigenen Bewegungen und Parteien dieser Problematik bewusst ist, verdeutlicht der bolivianische Verfassungsgebungsprozess. Hier besteht ein durchgängiger Ansatz darin, die zur Blockade des traditionellen politischen Systems eingesetzte Doppelstrategie zwischen formaler Politik und der Mobilisierung der Straße dadurch verfassungsrechtlich zu institutionalisieren, dass die durch die Bewegungen sicherzustellende soziale Kontrolle zu einem der Pfeiler des Verfassungsentwurfes gemacht wurde, ohne dass deutlich wird, wie dies konkret auszusehen hat. Dadurch soll versucht werden, die aufgezeigten Entfremdungspotenziale zwischen Partei und Bewegung(en) zu minimieren.

In einigen Ländern, sei es aufgrund der indigenen Bevölkerungsstärke, sei es vor allem des erreichten politischen Einflusses indigener Gruppierungen wegen, wird ein zumindest partiell neues institutionelles Design vereinbart werden müssen.

In einigen Ländern, sei es aufgrund der indigenen Bevölkerungsstärke, sei es vor allem des erreichten politischen Einflusses indigener Gruppierungen wegen, wird ein zumindest partiell neues institutionelles Design vereinbart werden müssen. Die Praxis wird zeigen, welche Formen und Chancen dieser „institutional pluralism in multiethnic settings“ haben wird.

Es ist mehr als tragisch, dass gerade in Bolivien eine historische Chance vertan wird, eine solche Herausforderung friedlich und gemeinsam anzugehen. Hier bleibt abzuwarten, wel-

che langfristigen Auswirkungen der bolivianische Prozess auf die Chancen indigener Politik zeitigen wird. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass diejenigen, die sich mit aller Radikalität einem historischen Revanchismus verschrieben haben, der Chance anderer indigener Bewegungen, zum Katalysator nationaler Forderungen zu werden und auf diesem Wege indigene Anliegen sehr viel wirkungsvoller zum Thema zu machen, einen Bärendienst erwiesen haben.

Einen etwas anderen Schwerpunkt verfolgt Donna Lee Van Cott, Assistant Professor of political science and Latin America Studies an der Tulane University. Für sie sind in modernen Demokratien Parteien das wichtigste Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat. Die Qualität der Repräsentation und die Responsivität des Parteiensystems sind von signifikanter Bedeutung für die Qualität und Stabilität demokratischer Institutionen.

Vor diesem Hintergrund gilt das Interesse Van Cotts der Entstehung und den Erfolgen „ethnischer Parteien“. Als „ethnische Partei“ definiert Van Cott eine zur Wahlteilnahme autorisierte Organisation, deren Mehrheit (Führer wie Mitglieder) sich zur nichtdominierenden ethnischen Gruppe zählen, und deren Wahlplattform in den wesentlichen Aussagen Bestandteile ethnischer oder kultureller Natur enthalten sind. Eingeschlossen sind auch „politische Bewegungen“.

Zwar gab es schon frühe Vorläufer wie beispielsweise in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine Partei der Mapuche in Chile, und in den siebziger und achtziger eine Reihe indigener Parteien⁶ vor allem in Bolivien. Gemessen an ihrer Zahl, vor allem aber an ihren Wahlerfolgen stellten indigene Parteien vor den neunziger Jahren in Lateinamerika eine vernachlässigbare Größe dar.

Gemessen an ihrer Zahl, vor allem aber an ihren Wahlerfolgen stellten indigene Parteien vor den neunziger Jahren in Lateinamerika eine vernachlässigbare Größe dar.

Die Entstehung indigener Parteien war kein natürliches Ergebnis der Demokratisierungsprozesse der achtziger und neunziger Jahre. Es mussten eine Reihe anderer ineinanderwirkender Faktoren hinzukommen. Nun aber sehen sich einige

6 | Van Cott verwendet vielfach die Bezeichnungen „indigen“ oder „ethnisch“, ohne dass durchgängig klar wird, warum sie welchen Begriff verwendet. Vorliegend wird der Einfachheit halber durchgängig von indigenen Parteien oder Bewegungen gesprochen.

dieser *third-wave-democracies* durch diese Bewegungen und Parteien herausgefordert.

Mit der Einbettung der Entstehung und des Aufstiegs indigener Parteien in die Analyse und den Kontext des jeweiligen Parteiensystems führt Van Cott einen wichtigen Faktor in die Debatte ein.

Der Aufstieg indigener Organisationen und Parteien ist ohne die Probleme des traditionellen Parteiensystems und ohne die Berücksichtigung der defizitären Leistungsperformance von Demokratie nicht zu erklären.

Van Cott weist zu Recht darauf hin, dass der Erfolg indigener Parteien nicht abhängig ist von der Quantität der indigenen Bevölkerung in einem Land. Kolumbien und Venezuela stehen für Länder mit zahlenmäßig geringer indigener Bevölkerung und durchaus erfolgreichen indigenen Parteien, während Mexiko oder Peru die herausragenden Gegenbeispiele sind.

Vor diesem Hintergrund geht Van Cott einer Reihe von damit verbundenen Einzelfragen nach:

- Unter welchen Bedingungen entstehen solche Parteien?
- Unter welchen Bedingungen können sich ethnische *cleavages* im Parteiensystem durchsetzen?
- Warum und unter welchen Bedingungen bilden indigene Bewegungen politische Parteien?

Das Zusammenspiel zwischen sozialen Bewegungen und Parteibildung in den Blick zu nehmen ist insofern aufschlussreich, als es in den letzten Jahren darum ging, ob und mit welchem Erfolg sich eine solche Bewegung ein parteipolitisches Instrument schafft, während es historisch in Lateinamerika in der Regel umgekehrt war: Parteien oder Regierungen haben sich zur Machterlangung oder Machtstabilisierung ihre gesellschaftlichen Basisorganisationen geschaffen. Interessant ist der sicher noch vertiefenswerte Hinweis auf die vor allem in den achtziger Jahren aufgekommenen Außenseiter der Parteiensysteme. Diese haben über Jahre hinweg den Spagat zwischen Rhetorik und Praxis geschafft, damit eine Kanalisierung von Protesthaltungen ermöglicht und dadurch zunächst zur Stabilisierung der politischen Systeme beigetragen. Auf Dauer wurden sie jedoch ebenfalls, wenn nicht dem Establishment zugeordnet, so doch zumin-

dest nicht als grundlegender Veränderer der als defizitär empfundenen Demokratieperformance wahrgenommen.

Die zentrale Leitfrage zum Entstehen und zum Aufstieg indigener Bewegungen und Parteien lautet: Warum (erst) jetzt und warum wo erfolgreich bzw. erfolglos?

Nach Van Cott bedarf das Aufkommen ethnischer Parteien zum einen eines *ethnic cleavage* und dessen Politisierung. Letzteres ist dann entscheidend, wenn es um den ethnisch bestimmten Zugang zu öffentlichen und privaten Gütern geht. Initialzündung für die Politisierung war die seit den achtziger Jahren einsetzende Mobilisierung sozialer Bewegungen für kollektive Rechte der indigenen Bevölkerung.

Initialzündung für die Politisierung war die seit den achtziger Jahren einsetzende Mobilisierung sozialer Bewegungen für kollektive Rechte der indigenen Bevölkerung.

Entscheidend sind die politischen Institutionen und Macht-konstellationen innerhalb eines Parteiensystems. Dabei sind folgende Veränderungen zentral:

- Dezentralisierung;
- Verbessertes Zugang zum Wahlsystem;
- Mindestquote für ethnische Minoritäten;
- Verhältniswahlrecht;
- Keine hohen Sperrklauseln im Wahlrecht, niedrige Repräsentationsschwelle (24).

Van Cott weist zu Recht darauf hin, dass auch der Niedergang der traditionellen lateinamerikanischen Linken zum Aufstieg indigener Bewegungen und Parteien beigetragen hat. Obwohl die indigene Bevölkerung eher unergiebig Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Linksparteien gemacht hat, bestehen gewisse Überschneidungen des Diskurses vor allem mit Blick auf die Armen und Ausgeschlossenen. Nicht zu unterschätzen ist schließlich der Transfer politischer, persönlicher und organisatorischer Erfahrungspotenziale linker Organisationsstrukturen in den Dienst der indigenen Bewegungen.⁷

7 | Bolivien ist hierfür ein gutes Beispiel. Durch die Entlassung Tausender von Minenarbeitern des Hochlandes Mitte der achtziger Jahre, deren Abwanderung in die Tieflandgebiete und die Aufnahme des Coca-Anbaus wurde die gewerkschaftliche Erfahrung in einen neuen Sektor übertragen. Der jetzige bolivianische Staatspräsident kommt aus dem Bereich der Minengewerkschaften und bekleidet neben seinem Staatsamt noch immer das Amt eines Präsidenten des sechs Vereinigungen umfassenden Cocale-ro-Dachverbandes.

Die beste Performance einer ethnischen Partei ist dort festzustellen, wo diese Parteien auf einer starken indigenen Bewegung beruhen, es allerdings auch erreicht haben, nicht-indigene Sektoren zu integrieren. Von großer Bedeutung war die Ausweitung des Protests gegen neoliberale Reformen, die zu einer Verbreiterung der Basis geführt hat („Interethnische Volksallianzen“).

Van Cott thematisiert eine bis heute im Ergebnis unbeantwortete Frage. Was in der öffentlichen Debatte vielfach nicht zur Kenntnis genommen wird, ist die nach den drastischen ökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen regierungsseitig eingeleitete *second wave of reforms*, mit denen vielen der von indigenen wie anderen Oppositionsströmungen vorgetragenen Punkte der Kritik Rechnung getragen werden sollte. Festzustellen ist, dass diese *second wave* nicht in der Lage war, dem weiteren Vertrauensverlust in das politische System und der Erosion des demokratischen Institutionengefüges entgegenzuwirken. Die noch lange nicht abgeschlossene Erforschung der Ursachen dieser Entwicklung dürfte mit der Zeit differenziertere Beurteilungen ermöglichen, als die in der vielfach anzutreffenden und vereinfachenden Lesart – Versagen des politischen Systems = Aufstieg indigener Bewegungen – zum Ausdruck kommen.

Die politische Machterlangung ist, um nicht missverstanden zu werden, ein legitimes politisches Ziel. Eine ganz andere Frage ist, wie dieses Ziel verfolgt wird.

Nicht zuletzt sollte zur Kenntnis genommen werden, dass es auch Entwicklungen gab, die unabhängig von tatsächlichen Fortschritten allein die politische Machtfrage zum Kern hatten. Die politische Machterlangung ist, um nicht missverstanden zu werden, ein legitimes politisches Ziel. Eine ganz andere Frage ist, wie dieses Ziel verfolgt wird. Der Aufstieg indigener Parteien ist daher nicht nur als Politisierung von *ethnic cleavages* zu verstehen. Zu untersuchen bleibt auch die Frage nach einer intendierten ideologischen Fundamentalisierung und des auf der strategisch-taktischen Ebene damit einhergehenden Ausbaus und der kompromisslosen Anwendung einer auf die Blockade des politischen Systems abzielenden Doppelstrategie.

Auch die Analyse von Van Cott zeigt, dass der Versuch von Verallgemeinerungen angesichts eines derart heterogenen Untersuchungsgegenstandes schwierig ist. Dies gilt z.B. für die Aussage, wo indigene Bewegungen regional getrennt sei-

en, gebe es keine erfolgreichen ethnischen Parteien. Bolivien ist das hervorragende Gegenbeispiel.

Auch ist nicht zu verkennen, dass nach den bislang gegensätzlichen Erfahrungen in Ekuador und Bolivien das Spannungsverhältnis zwischen Bewegung und Partei neu überprüft werden muss.

Nicht einer Verallgemeinerungsproblematik, sondern einer Interpretation geschuldet, die allzu leicht einer positiven Grundeinschätzung entgegenstehende Fakten ausblendet, sind verschiedentliche undifferenzierte Aussagen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Tatsache, dass nach den Präsidentschaftswahlen in Bolivien im Jahre 2002 keine Partei mit dem MAS-Kandidaten Morales zusammenarbeiten wollte, so darzustellen, dass Morales es abgelehnt habe, sich von anderen Parteien im Parlament zum Staatspräsidenten wählen zu lassen, und dies als Beispiel für einen neuen Politikertypus zu bezeichnen, der nicht um des Machterhalts willen seine Prinzipien verrät (12), entbehrt nicht einer gewissen Naivität.

In ihren abschließenden Überlegungen zu den Implikationen des Aufstiegs indigener Parteien stellt Van Cott zwei grundlegende Fragen:

- Wird die Demokratie durch zunehmende interethnische Konflikte geschwächt?
- Beeinträchtigt die Beteiligung am formalen politischen System die Integrität und Autonomie indigener Kulturen und Organisationsformen?

Im Versuch einer Antwort zählt Van Cott eine Reihe positiver Effekte für die Demokratie auf:

- Das Repräsentationsniveau einer einst ausgeschlossenen Gruppe wird verbessert.
- Die indigenen Parteien bieten ein Modell eines „gesunden Verhältnisses Partei-Gesellschaft“, dem andere Parteien nacheifern sollten (Kontakt zu sozialen Gruppen und Grad der Responsivität).
- Die indigenen Parteien haben Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt, die vorher im Diskurs des politischen *mainstream* nicht zu finden waren, und die Öffnung anderer Parteien für solche Themen und Personen erreicht.

- Die indigenen Parteien haben transparentere und demokratischere Politikformen eingeführt.

Van Cott nennt auch begleitende negative Auswirkungen:

- Die parteipolitische Beteiligung verursacht Uneinigkeit und Fraktionsbildung innerhalb indigener Gemeinschaften und Organisationen.
- Es besteht die Gefahr einer „Kontamination“ indigener Kulturen durch deren Beteiligung an politischen Parteien, die nach westlich-individualistischem Vorbild funktionieren.
- Erfolgreiche Parteien reduzieren die Effektivität indigener sozialer Bewegungen durch die Ablenkung von bisherigen Prioritäten. Dies kann zu einer Schwächung der Bewegung und einer Distanzierung von der unterstützten Partei führen.
- Sobald eine Partei an der Regierung beteiligt ist und damit Zugang zu staatlichen Finanzquellen hat, besteht das Risiko des Verlusts externer finanzieller Unterstützung.
- Ein Problem besteht in der nicht hinreichenden politischen und technischen Erfahrung indigener Politiker und der Notwendigkeit, zwischen der Interessenvertretung der indigenen Rechte und der mit der Gesamtvertretung beispielsweise eines Wahlkreises einhergehenden Gesamtverantwortung eine Balance zu finden.

**Bereichernd für die Demokratie –
problematisch bis gefährlich für die
indigenen Bewegungen.**

Die so charakterisierten Auswirkungen lassen sich überspitzt formuliert in der Formel zusammenfassen: bereichernd für die Demokratie – problematisch bis gefährlich für die indigenen Bewegungen.

Auch wenn nicht verkannt werden soll, dass die jüngsten dramatischen Ereignisse vor allem in Bolivien nicht in den Blick genommen werden konnten, hätte man sich einige kritischere Überlegungen statt dieser dichotomischen Argumentation gewünscht.

Die abseits aller theoretischen oder idealtypischen Vorstellungen auf die politische Tagesordnung gesetzte simple Machtfrage wird völlig ausgeklammert.

Eine isolierte Betrachtung einzelner Faktoren ist nicht ausreichend. Entscheidend für eine Gesamtbewertung der Entwicklung ist die Analyse des Ineinanderwirkens der genannten Faktoren. So sollte beispielsweise mit dem Hervorheben des

verbesserten Repräsentationsniveaus eines politischen Systems aufgrund des elektoralen Einbezugs einer einst ausgeschlossenen Gruppe nicht die zwangsläufige Schlussfolgerung verbunden werden, dadurch würde automatisch die Legitimität dieser Institution in den Augen der neu/stärker vertretenen Gruppen gestärkt. Hier wäre gerade mit Blick auf das von Van Cott formulierte Ergebnis, dass in keinem der untersuchten Fälle die Parteien als Alternative zu den Bewegungen und der außer-systemischen Mobilisierung empfunden wird (213), eine Auseinandersetzung mit den Konsequenzen einer Doppelstrategie indigener Bewegungen und Parteien im Parlament und auf der Straße für das Institutionensystem und die politische Stabilität von Regierungssystemen erforderlich gewesen. Auch die Aussage, um ein letztes Beispiel zu nennen, die indigenen Parteien hätten transparentere und demokratischere Politikformen eingeführt, hätte angesichts der bereits zu einem frühen Zeitpunkt feststellbaren, tendenziell auch eher zunehmenden Fundamentalverweigerung bestimmter Strömungen hinterfragt werden müssen, deren Ziel eben gerade nicht darin besteht, „a tolerant model of democracy“ zu schaffen.

Für Nancy Grey Postero, Assistant Professor of Anthropology an der University of California, San Diego, und Leon Zamosc, Associate Professor of Sociology und Associate Director of Latin American Studies, ebenfalls San Diego, haben sich die indigenen Bewegungen, bis Ende des vergangenen Jahrhunderts nicht in der Lage, sich als kollektive Akteure in der jeweiligen nationalen politischen Arena zu etablieren, in einigen Ländern Lateinamerikas innerhalb weniger Jahre zu einem der wichtigsten sozialen und politischen Faktoren entwickelt. Im Kampf um kulturelle Anerkennung und politische Rechte markieren einige Daten international beachtete Höhepunkte des beginnenden Wandels: angefangen von den Massenmärschen im Jahre 1990 in Bolivien und Ecuador über die in ihrer identitätsfördernden Bedeutung für die indigene Bevölkerung unterschätzte 500-Jahrfeier der Entdeckung Amerikas 1992 bis hin zum Aufstand der Zapatistas 1994 in Mexico.

Die Suche nach gemeinsamen Ursachen und Entwicklungen der *indian question* in Lateinamerika stößt aufgrund der Diversität der Bewegungen, der Diskurse und der Strategien sehr schnell an natürliche Grenzen. Die auch bei Van Cott thematisierte Frage, wie und warum gerade zu diesem Zeit-

punkt der Aufstieg und Einfluss indigener Bewegungen zu verzeichnen ist, bedarf primär länderspezifischer Analysen.

Postero/Zamosc konstatieren gegensätzliche Entwicklungen, die wesentlich den Aufstieg indigener Bewegungen und Parteien ermöglicht haben. Auf der einen Seite eine politische Liberalisierung und Demokratisierung, die neue Möglichkeiten der Partizipation indigener Gruppen geschaffen haben. Auf der anderen Seite die Auswirkungen neoliberaler Politik, die den sozio-ökonomischen Kontext dieser Möglichkeiten grundlegend geändert haben.

Dabei stehen drei Aspekte im Mittelpunkt:

- Staatliche Restrukturierung, die die Beziehungen zwischen Staat und indigenen Gruppen verändert hat;
- Bedrohung vorwiegend von indigener Bevölkerung bewohnter Landesteile durch Ressourcenabbau;
- Ökonomische Restrukturierung und verschiedene Wirtschaftskrisen.

Als entscheidend wird der Wandel des Staatsmodells bewertet. Frühere korporatistische Modelle, die vor allem in Folge der Agrarreformen über die Formierung und Unterstützung von Landarbeitergewerkschaften ein durchorganisiertes Patronage-System als Teil eines Prozesses des *nation building* und eines Modernisierungsprojekts etabliert und dadurch indigene Gruppen eingebunden haben, wurden durch die ab den achtziger Jahren beginnende Neudimensionierung staatlicher Strukturen deutlich geschwächt bis abgeschafft. Auf der anderen Seite haben die in diesem Kontext implementierten Strategien politischer Dezentralisierung gerade für indigene Gruppen neue Handlungsspielräume im gesellschaftlichen wie im staatlich-politischen Bereich eröffnet.

Diese Entwicklungen zusammengenommen haben es ermöglicht, dass der Kampf gegen diese Auswirkungen des neoliberalen Modells eine Plattform für sehr gute Kooperations- und Bündnismöglichkeiten mit anderen politischen und sozialen Kräften bietet.

Im Zentrum des erfolgreichen Aufstiegs indigener Bewegungen steht für Postero/Zamosc der Kampf gegen den Neoliberalismus.

Im Zentrum des erfolgreichen Aufstiegs indigener Bewegungen steht für Postero/Zamosc der Kampf gegen den Neoliberalismus. Die Autoren kommen wie andere auch zu dem Ergebnis,

dass indigene Bewegungen umso erfolgreicher in der Lage sind, ihre eigenen Belange auf die nationale politische Tagesordnung zu setzen, je besser sie es verstehen, mit dem Kampf gegen die beschriebenen Auswirkungen des Neoliberalismus soziales und politisches Kapital zu gewinnen. Diese Entwicklung trägt auch einer Analyse Rechnung, wonach selbst in einem Land mit mehrheitlich indigener Bevölkerung die elektoralen Perspektiven einer allein auf indigene Interessenvertretung abstellenden Organisation/Partei sehr begrenzt sind.

Diese Strategie fiel den Bewegungen im Verlaufe der neunziger Jahre umso leichter, als es aufgrund eines sich seit den achtziger Jahren herausbildenden breiten nationalen, ökonomisch auf Marktöffnung und Privatisierung, politisch auf Sicherung der Regierbarkeit orientierten Konsenses nicht zuletzt wegen einer geschwächten bis inexistenten oder in den beschriebenen Konsens eingebundenen politischen (traditionellen) Linken über lange Jahre nicht zur Formierung eines kritischen und Gehör findenden systemimmanenten Veränderungspotenzials gekommen war.

Postero/Zamosc weisen darauf hin, dass zwischen indigenen Akteuren und der Verfolgung indigener Forderungen zu unterscheiden ist. Ihre Untersuchung gilt auch der Frage, welche Rolle die indigenen Bewegungen bei der Politisierung der *indian question* gespielt haben.

Nach Postero/Zamosc ist der Aufstieg der *indian question* auf drei Wegen erfolgt:

- direkte Aktionen indigener Bewegungen;
- Nachwirkungen bewaffneter Konflikte (Guatemala, Mexiko, Kolumbien);
- Ergebnis eines Wahlprozesses.

Auch der einschränkende Hinweis, dass die konkreten Handlungskontexte Elemente aller Wege enthielten, kann die dieser Typisierung inhärenten Begrenzungen nicht überwinden. Dieser Ansatz ist zu sehr auf einen bestimmten Ausgangszeitpunkt fixiert, vernachlässigt die Genese vieler Entwicklungen und dabei das interdependente Zusammenwirken vieler Faktoren. Auch bleiben notwendige Differenzierungen auf der Strecke. So bedarf es teils subtiler Unterscheidungen: Toledo beispielsweise hat in Peru eher eine konjunkturelle Instru-

mentalierung der *indian question* denn deren tatsächliche Politisierung erreicht.

Postero/Zamosc konstatieren einen Beitrag indigener Bewegungen zur Demokratisierung Lateinamerikas durch die Ausweitung politischer Partizipation auf früher ausgeschlossene Gruppen. Damit einhergehend werde eine neue Sicht der Rolle des Staates eingebracht.

Etwas zu vereinfacht erscheint der Eindruck, dass es allein auf den Einfluss dieser Gruppen zurückzuführen ist, dass bestimmte Reformen durchgeführt wurden, sei es die verschiedenen Verfassungsreformen mit der Anerkennung beispielsweise der „Multiethnizität“, die Einführung bilingualer Erziehung, die teilweise gerade seitens indigener Gruppierungen zu Beginn bekämpft wurde, oder die Dezentralisierungspolitiken. Eine eindimensionale Kausalitätsbeziehung würde der Komplexität sicher nicht gerecht. Vielmehr dürfte es realistischer sein, von einer sich verstärkenden Wechselwirkung zwischen reformbereiten, wenn auch teils nur aufgrund internationalen Drucks handelnden traditionellen Eliten, einem zunehmenden politischen Druck durch die indigenen Bewegungen, deren Freiraum wiederum durch die einsetzenden Reformen erweitert wird, auszugehen.

Ein Schlüsselthema ist für Postero/Zamosc das anhaltend ambivalente Zusammenspiel zwischen „Ethnizität“ und „Klasse“.

Ein Schlüsselthema ist für Postero/Zamosc das anhaltend ambivalente Zusammenspiel zwischen „Ethnizität“ und „Klasse“.

Ein erhebliches Entwicklungspotenzial besteht in dem im Fluss befindlichen Zusammenspiel zwischen traditionellen und neuen sozialen Bewegungen. In der Vergangenheit waren Organisationen vorherrschend, deren Mitgliedschaft zwar überwiegend bis ausschließlich indigen war, die jedoch im Sinne der traditionellen politischen Linken eine klassenorientierte Programmatik verfolgte. Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts kamen Organisationen hinzu, deren indigene Zusammensetzung sich auf vorwiegend bis ausschließlich indigene Problemstellungen konzentrierte. Inzwischen ist ein Prozess auszumachen, der auf der einen Seite beispielsweise zu einer Ethnifizierung/Indianisierung von traditionell klassenorientierten Landarbeiterorganisationen, auf der anderen Seite zu einer klassenorientierten Differenzierung in indigenen Organisationen führt (14).

Die Perzeption „wir sind arm, weil wir Indios sind“, gehe „vielfach einher mit der Konstruktion einer ethnischen Identität, die einer Mestizen-Identität der modernen Mittelklasse entgegengesetzt wird“, mit der Folge, dass sich die zitierte Perzeption in die Aussage „Wir sind Indios, weil wir arm sind“, verwandelt (12). Dennoch bleibt abzuwarten, ob sich die angesprochene „politisch-ethnische Hybridität“ in größerem Ausmaß zu einer *ethnoclass* entwickelt.

Damit verbunden ist die Einschätzung und künftige Entwicklung des *mestizaje*.

Postero/Zamosc ist zuzustimmen, dass der *mestizaje* kein Mythos, sondern soziale Realität ist. Die entscheidende Frage ist jedoch, was diese soziale Realität konstitutiv ausmacht. Dabei kann schon an der Definition der Autoren, wonach *mestizaje* „the emergence of non-Indian social sectors which results from miscegenation and cultural syncretism“ (12) darstellt, kritisch angesetzt werden.

Ein reduziertes, eindimensionales, die Ausdifferenzierung dieses ursprünglich im Sinne eines homogenisierenden Modernisierungsinstrumentes verstandenen Konzeptes in den segmentierten Lebenswirklichkeiten der indigenen Bevölkerung verkennendes Verständnis des *mestizaje* greift zu kurz. *Mestizaje* sollte nicht als „totales Ablegen oder Ablehnen der indigenen Identität“ verstanden werden. Vielmehr kann es sich dabei auch um eine „Strategie der Erweiterung von Identitäten“ handeln (Meentzen 2007:122). Mestize zu werden muss nicht zwingend bedeuten, „die indigene kulturelle Identität ‚auszuradieren‘“, vielmehr kann eine „Identität als indigener Mestize“ entstehen (161).

***Mestizaje* sollte nicht als „totales Ablegen oder Ablehnen der indigenen Identität“ verstanden werden.**

Die über die Jahrzehnte erfolgten tatsächlichen Ausprägungen dieses Konzeptes und deren politische Transformierbarkeit stellen ein breites Feld künftiger Studien dar.

Diese „neue Form politisch-ethnischer Hybridität“ (14) wird zur Herausbildung neuer Konzepte von Interessendefinition und -vertretung und, je nach politischem Gestaltungseinfluss, zu neuen *diseños institucionales* führen. Die ursprünglichen Vorstellungen der Regierungspartei MAS in Bolivien, der im Dezember vergangenen Jahres vorgelegte Verfassungsentwurf sowie spätere Interventionen des Staatspräsidenten las-

sen erkennen, wohin die institutionelle Reise einer Institutionalisierung der sozialen Bewegungen führen soll.

Der Argumentation, dass Entwicklungen in Bolivien oder Ecuador hätten vermieden oder abgemildert werden können, wenn rechtzeitig gehandelt worden wäre, begegnen Postero/Zamosc zutreffend mit dem Hinweis, dass demographische Gegebenheiten relevant für politische Ansätze sind.

Während in Staaten mit indigenen (kleineren) Minderheiten Staatsreform oder radikale Reformen nicht erforderlich sind, sondern Reformen ausreichen, die den speziellen Status dieser Bevölkerungsgruppe anerkennen und ihre Beziehung zum Nationalstaat definieren, müssen in allen anderen Fällen die über lange Zeit gültigen Konzepte von Nation und Staat auf den Prüfstand gestellt werden. Dies ist genau die Entwicklung, die sich seit über einem Jahr in Bolivien zunehmend verschärft hat, und das ist die Herausforderung, die sich in Ecuador zu stellen scheint.

Im Untersuchungsrahmen der *indian question* geht es den Autoren um die künftige „indigene Staatsbürgerschaft“. In einer beabsichtigten Zusammenschau von Inhalt und Prozess soll in den jeweiligen Einzelbeiträgen untersucht werden, welche Rolle die sozialen/indigenen Bewegungen in differierenden Kontexten gespielt haben, um darzulegen, welche inhaltlichen Ziele des Kampfes auszumachen sind und inwiefern ein Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und der Politisierung indigener Forderungen besteht.

Die Kritik an einer als universalistisch-egalitär-individualistisch charakterisierten Matrix eines neoliberalen Staatsbürgerkonzepts und dessen faktischen Brüchen allein ist noch kein Alternativkonzept. Die Konzeptualisierung der „indigenen Staatsbürgerschaft“ wirft eine Reihe teils hochkomplexer Fragen und Probleme auf.

Geht es um allgemein gleiche Rechte oder um Sonderrechte für bestimmte Gruppen?

Welche Bedeutung haben indigene Gruppen in einer Gesellschaft? Geht es um allgemein gleiche Rechte oder um Sonderrechte für bestimmte Gruppen oder für eine bestimmte Gruppe um Mischformen? Welche Staatsorganisationsform wird gewählt? Wird ein ethnischer Staat angestrebt (Ethnizität als primordiales Element, um das ein Staat organisiert ist) oder soll ein Staatswesen unter Anerkennung kultureller Di-

versität auf dem Gegenpol einer universalistisch/egalitären Staatsbürgerschaft beruhen?

Wenn die politische Machtverteilung entlang ethnischer Zugehörigkeit erfolgen soll, dann könnte das Erfordernis eines in Lateinamerika bislang weitgehend unbekanntem *consociational system* zur entscheidenden Voraussetzung der politischen Stabilität in Teilen des Kontinents werden.

SCHLUSSBEMERKUNG

Mag man auch die einigen Ländern eingeräumte Ausführlichkeit insgesamt hinterfragen oder Mängel der bei Sammelbänden schwerer zu erreichenden Kohärenz feststellen, so bieten trotz einiger kritischer Anmerkungen diese Studien gerade auch wegen ihrer komplementären theoretischen Ansätze, der insgesamt neun Länder erfassenden Analysen, die sich nicht in isolierten Organisationsdarstellungen erschöpfen, sondern eine angemessene Einbettung in den zeithistorischen Kontext leisten, eine hervorragende Grundlage zur Befassung mit einer in Lateinamerika noch lange nicht am Ende der Entwicklung stehenden Problematik.

Die über mehrere Jahre erarbeiteten Studien können selbstverständlich nicht die jüngsten Entwicklungen vor allem in Bolivien und Ekuador nachzeichnen. Dies mag die eine oder andere als zu optimistisch oder illusionär anmutende Einschätzung erklären. Die Dynamik der mit diesen Themen einhergehenden Entwicklungen und Veränderungen wird es auch künftig unmöglich machen, fundierte Studien zeitnäher vorzulegen. Dies mindert jedoch den Erkenntniswert in keiner Weise. Hervorzuheben ist, dass ausführliche bibliographische Hinweise die Vertiefung der jeweiligen Länderstudien ermöglichen und eine Fülle grundlegender Materialien enthalten. Diese Studien verstärken den Eindruck, dass eine Generaltheorie zur Erklärung der mit dem Aufkommen und der Politisierung indigener Identität verbundenen Phänomene weder besteht noch in Sicht ist. Die Kontexte sind derart unterschiedlich, dass nur eine verschiedene Ansätze kombinierende Herangehensweise den komplexen Realitäten der verschiedenen Länder annähernd gerecht zu werden vermag.

Die Reichhaltigkeit dieser Studien bietet hinreichende Grundlagen für künftige Fortschreibungen der dargelegten For-

schungsansätze und neu oder vertiefend zu fokussierende Themenbereiche.

Die Dynamik der lateinamerikanischen Entwicklung wird ein Weiteres tun, das Thema der indigenen Bewegungen und ihrer Auswirkungen auf die politischen Systeme des Kontinents auf der Tagesordnung zu halten.

LITERATURVERZEICHNIS

Albó, Xavier (1991): „El retorno del indio“, in: *Revista Andina*, Nr. 2, diciembre 1991, S.299 – 345 (Verschiedene internationale Kommentare bis S. 366), Lima

Albó, Xavier (1997): „Los derechos de los Indios en Bolivia“, Manuskript, La Paz

Grey Postero, Nancy; Zamosc (Ed.) (2006): *The Struggle for Indigenous Rights in Latin America*, Sussex Academic Press, Brighton-Portland

GTZ (2004a): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*, Eschborn

GTZ (2004b): Erfahrungsauswertung der Zusammenarbeit mit indigenen Bevölkerungsgruppen und Organisationen in Bolivien, Ecuador und Guatemala, Band 1: Schlussbericht, Eschborn

Gutiérrez, Raquel/ Escárzaga, Fabiola (Coords.) (2006): *Movimiento Indígena en América Latina: resistencia y proyecto alternativo*.

INWENT; GTZ (2005): *Indigene Völker in Lateinamerika. Hintergründe-Fakten-Anregungen für den Unterricht*, Düsseldorf-Eschborn

Konrad-Adenauer-Stiftung (2005): *KAS-Auslandsinformationen 1/05*, Schwerpunktheft zum Thema „Die vergessenen Völker Lateinamerikas. Indigene Bevölkerung zwischen Neoromantizismus und politischem Extremismus“, Berlin

Konrad-Adenauer-Stiftung / Meentzen, Angela (2007): *Staatliche Indigena-Politik in Lateinamerika im Vergleich (Mexiko, Guatemala, Ekuador, Peru und Bolivien)*, Lima-Berlin

Pajuelo Teves, Ramón (2006): *Participación política indígena en la sierra peruana. Una aproximación desde las dinámicas nacionales y locales*, (herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Instituto de Estudios Peruanos IEP), Lima

Van Cott, Donna Lee (2005): *From Movements to Parties in Latin America. The Evolution of Ethnic Politics*, Cambridge University Press, New York

Yashar, Deborah J. (2006): *Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge*, Cambridge University Press, New York